

**Niederschrift der 36. Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag,
dem 11. Februar 2010, im Sitzungssaal des Ortesamtes Vegesack, Weserstraße 75**

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.30 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 34. Sitzung vom 10. Dezember 2009
3. Errichtung eines Lärmschutzwalls im Bereich Ulrichs Helgen/Fröbelstraße
4. Sanierung und künftige Konzeption des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses
5. Anträge und Anfragen der Parteien
6. Mitteilungen des Ortesamtsleiters
7. Mitteilungen der Beiratssprecherin
8. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Teilnehmer:

Torsten Borchers (bis 20.20 Uhr)
Rainer Buchholz
Cord Degenhard
Greta Frenzel
Gabriele Jäckel
Thomas Pörschke
Joachim Riebau
Detlef Scharf
Wolfgang Schmidt (ab 18.40 Uhr)
Iris Spiegelhalter-Jürgens
Heike Sprehe
Wilfried Sulimma
Henning Tegeler
Oxana Waldheim
Manfred Wemken

Nicht teilgenommen:

Gundram Keßenich

Weitere Teilnehmer:

Herr Brennecke (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Frau Emigholz (Senator für Kultur, Staatsrätin)
Frau Frische (Kultur Büro gGmbH)
Herr Gilbert (EuropaChorAkademie)
Herr Glassl (Garten- und Landschaftsarchitekten Müller-Glassl & Partner)
Frau Kirchmann (Immobilien Bremen)
Herr Marquardt (Büro Architekten plus (A+))
Herr Meyer (Kultur Büro gGmbH)
Herr Merbold (Projektleiter)
Frau Pahlow (Volkshochschule)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Einwände und Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

Der Beirat tagt erstmals nach in Kraft treten des neuen Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Dieses Gesetz wurde am 2. Februar 2010 beschlossen und am 9. Februar 2010 verkündet. Es trat am 10. Februar 2010 in Kraft. Für die Beiratsmitglieder werden Schulungstermine seitens der Senatskanzlei angeboten.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Schriftliche Wünsche und Anträge sowie Wortmeldungen seitens der Bürger liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 34. Sitzung vom 10. Dezember 2009

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Errichtung eines Lärmschutzwalls im Bereich Ulrichs Helgen/Fröbelstraße

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Brennecke von der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WfB) und Herrn Glassl (Müller-Glassl & Partner, Garten- und Landschaftsarchitekten)

Ursprung des zu beratenden Bauantrages ist der Bebauungsplan 1240. Da dieser in der Vergangenheit sehr kontrovers und emotional diskutiert wurde und um die notwendige Transparenz zu schaffen, erfolgt die Beratung und Beschlussfassung des Bauantrages öffentlich.

Herr Glassl stellt den Bauantrag, die geplante Baumaßnahme, anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Der Lärmschuttwall stellt als technisch und landschaftlich modelliertes Bauwerk eine Ausgleichsmaßnahme für den Eingriff in den Wätjens Park dar. Die Fläche des Walls wird ca. 10.000 Quadratmeter betragen, er wird ca. 350 m lang und ca. 5 bis 6 m hoch sein. Die Entfernung bis zur Wohnbebauung beträgt ca. 18,5 bis 22,5 m.

Perspektivisch könnte der Weg vom Wätjens Park in den Lärmschuttwall übergehen.

Zur Schaffung des Walls wird die derzeit versiegelte Fläche aufgebrochen und das Material als Kern des Walls verwandt. Über diesen Kern wird weiteres Unterboden- und Schuttmaterial aufgebracht. Als weitere Schichten werden ca. 70 cm Pflanzen geeignetes Bodenmaterial und eine ca. 30 cm dicke Oberbodenschicht verwendet.

Der Wall wird neu bepflanzt, teilweise aufgelockert, mit 146 Bäumen und insg. 610 Strauchpflanzen. Eine alte Eiche wird erhalten. Das dadurch entstehende steile Gefälle des Walls wird durch Gabionen abgesichert.

Frau Sprehe erfragt den Baubeginn und die Bauzeit sowie die Wegeführung für die Baufahrzeuge. Des Weiteren fragt sie, ob ausreichende Mittel für die Pflege der Anlage zur Verfügung stehen.

Herr Brennecke führt aus, dass voraussichtlich im Mai mit dem Bau begonnen werden könnte. Aus Rücksichtnahme auf die Anlieger, die insb. in den Sommermonaten ihre Gärten ungestört nutzen möchten, wird mit den Bauarbeiten später begonnen. Baubeginn ist demnach August/Anfang September. Die Bauzeit beträgt ca. 2,5 Monate. Die Dauer für die Bepflanzung im Anschluss beträgt 1,5 Monate. Die tägliche Bauzeit dauert 10 Stunden und

beginnt um 7.00 Uhr morgens. Die tägliche Bauzeit am Freitag ist reduziert, am Wochenende finden keine Arbeiten statt. Das Baumaterial wird voraussichtlich über die Westpier angeliefert. Eine entsprechende Vorgabe wird in der Ausschreibung aufgenommen. Da hier eine Ausgleichsmaßnahme zu pflegen ist, wird diese der Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG) übertragen und aus Projektmitteln finanziert.

Herr Buchholz spricht sich für eine Überwachung der Einhaltung der vorgegebenen An- und Abfahrtswege durch die Baufahrzeuge aus und bittet um konkrete Ausführungen zu der Belastung des einzubringenden Unterboden- und Schuttmaterials.

Herr Glassl führt aus, dass der Boden den vorgeschriebenen sog. Z-Wert nach LAGA, hier Z1.2 unterschreitet. In diesem Zusammenhang weist Herr Brennecke auf das zu erstellende Einbaukataster hin. Dieses gibt Aufschluss darüber, welches Material an welcher Stelle eingebracht wurde. Auf Nachfrage von Herrn Degenhard erklärt Herr Brennecke, dass das Material auf Grund finanzieller Gesichtspunkte ausgewählt wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Scharf teilt Herr Gassl mit, dass die Sackung lediglich wenige Zentimeter betragen und damit minimal sein wird.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht die Gestaltung der Gabionen an. Da diese lediglich der Absicherung des Walls dienen und von der Wohnbebauung nicht sichtbar sind, werden sie nicht bepflanzt o.ä.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt dem Bauantrag „Errichtung Lärmschutzwall“ zu.

Ergebnis:

- einstimmig -

Aus organisatorischen Gründen wird der Tagesordnungspunkt 5 – Anträge und Anfragen der Parteien vorgezogen.

Tagesordnungspunkt 4

Sanierung und künftige Konzeption des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Marquardt (Büro Architekten plus (A+)), Herrn Merbold (Projektleiter), Frau Kirchmann (Immobilien Bremen), Frau Frische und Herrn Meyer (Kultur Büro gGmbH), Frau Pahlow (VHS), Herrn Wemken für Herrn Radzun (Gustav-Heinemann-Bürgerhaus e.V.) sowie Herrn Pörschke (Gesellschafterversammlung).

Als Vertreter der vorgenannten Einrichtungen bzw. Institutionen nehmen die Beiratsmitglieder Herr Wemken und Herr Pörschke im Publikum Platz.

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Es ist ein Sanierungsstau in dem über dreißig Jahre alten Bürgerhaus zu verzeichnen, der von Nutzern und Besuchern kritisiert wird. Für die Sanierung des Gebäudes sind nunmehr sechs Millionen Euro bewilligt worden. Der Vorsitzende plädiert für einen sinnvollen Mitteleinsatz, der neben der notwendigen Sanierung auch zu einer Optimierung der Räumlichkeiten beitragen muss. Mit der anstehenden Beratung beginnt das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit.

Herr Marquardt stellt an Hand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Planungsstand vor. Der Entwurf stellt keinen Endstand dar, sondern bietet eine Grundlage für die Entscheidungsfindung.

Es wurde festgestellt, dass das Gebäude insgesamt sanierungsbedürftig ist. Lediglich die Heizungsanlage sowie die Heizungsleitungen sind erhaltenswert.

Das Architektenbüro hat versucht, in seinem Vorschlag die Bedarfe und Kritik der Nutzer und Besucher einfließen zu lassen und das Bürgerhaus entsprechend umzugestalten. Angestrebt wird die Deckung eines erhöhten Raumbedarfes, eine bessere interne Zuordnung sowie das Gebäude insgesamt heller und attraktiver zu gestalten.

Das Kellergeschoss stellt einen problematischen Bereich des Gebäudes dar. Es ist derzeit u.a. mit einer Kegelbahn und der Technik ausgestattet. Diese werden allerdings nicht mehr genutzt. Das Thema Essen könnte zukünftig im Kellergeschoss gebündelt werden. Zusätzlich könnte ein kleiner Spielsaal, der multifunktional zu nutzen wäre, integriert werden. Eine zukünftig bessere Belichtung könnte mittels Fenster und eines Lichthofs erzielt werden. Im Erdgeschoss könnte das Gebäude erweitert und eine vom übrigen Gebäude abgetrennte, ggf. separat genutzte Cafeteria eingerichtet werden. Ein wichtiger Punkt stellen der Brandschutz und die Rauchschutztrennungen dar. Des Weiteren würden die Garderoben neu gestaltet und die Büros der nutzenden Einrichtungen neu aufgeteilt und angelegt. Der einzubauende Trittschallschutz wird sich auf die Höhennovellierung auswirken. Insgesamt gibt allerdings der vorhandene Betongerüstbau die Maße vor.

Im ersten Obergeschoss (OG) sollen die Räume größer gestaltet werden. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Saal. Hier wird eine generelle Sanierung angestrebt, ggf. würde die Betonbühne entfernt und durch eine mobile Bühne ersetzt werden. Der Einbau einer Empore ist denkbar. Zusätzlich wird in diesem Geschoss eine Behindertentoilette aufgenommen.

Wie im ersten OG wird auch im zweiten OG eine deutlichere Trennung angestrebt. Der Saal könnte als Amphitheater gestaltet werden. Weitere Multifunktionsräume werden eingerichtet. Anschließend stellt Herr Marquardt eine Querschnittansicht mit Raumhöhen, Treppenhäusern und Lichteinschnitten vor.

Auf dem Dach wird eine neue Trägerkonstruktion notwendig sein. Zum Einen wäre sie für den Einbau einer evtl. Empore unerlässlich, zum Anderen würde ein Träger zusätzliche Möglichkeiten für weitere Aufhängungen bieten und somit die Bespielbarkeit verbessern.

Abschließend wird die äußere Ansicht vorgestellt. Insgesamt sollte die Fassade gesäubert und neu verfugt werden. Intakte Bereiche des Verblenders können belassen werden. Beschädigte Bereiche könnten neu, z.B. mit Glas, gestaltet werden.

Die geplante Wegeführung wurde mit dem ASV abgestimmt.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Emigholz. Sie führt aus, dass im Rahmen der vorangegangenen Bauplanung der Baubedarf ermittelt und die nutzerspezifischen Belange aufgenommen wurden. Mit dem zur Verfügung stehenden Finanzrahmen können voraussichtlich nicht alle angesprochenen Bedarfe gedeckt werden. Ein zusätzlicher nutzerspezifischer Bedarf i.H.v. 1,3 Millionen Euro kann mit Mitteln i.H.v. einer Million Euro, die vom Ressort Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, bisher teilweise gedeckt werden. Frau Emigholz hebt hervor, dass ein kulturelles Angebot sowie eine umfassende bauliche Infrastruktur einen entscheidenden Standortfaktor darstellen.

Sie schlägt eine gemeinsame Begehung des Gebäudes mit entsprechender Beratung vor. Diese Begehung mit Beratung könnte genutzt werden, um weitere Anregungen zu besprechen und zu protokollieren. Eine Priorisierung der Bedarfe und Belange könnte gemeinsam abgestimmt werden. Die in der Anfrage der FDP-Beiratsfraktion aufgeführten Fragestellungen könnten in diesem Zusammenhang ebenfalls erörtert werden. Des Weiteren bietet Frau Emigholz an, das Ortsamt sowie den Beirat mit monatlichen Berichten jeweils über den aktuellen Sachstand zu informieren. Eine aufbereitete Fassung der Übersicht der aktuell vorliegenden Alternativen wird dem Ortsamt zur Verfügung gestellt.

Das Angebot der Staatsrätin nehmen die Beiratsmitglieder an.

Nachfolgend beziehen die Nutzer des Gebäudes Stellung. Zunächst stellt Frau Frische die Aktivitäten der Kultur Büro gGmbH vor. Es wurde Kontakt mit den Nutzern und dem Architekten aufgenommen. In Planbesprechungen wurden die nutzerspezifischen Bedarfe und Belange erörtert.

Frau Frische begrüßt auch im Namen des Vorstandes die Verortung der EuropaChorAkademie ausdrücklich.

Herr Wemken begrüßt für den Bürgerhaus Verein das Angebot der Staatsrätin. Seitens des Vereins wird Wert auf die Beteiligung der Kleingruppen, wie z.B. das Stadt-Theater und der Circus Tohuwabohu gelegt. Eine Integration der EuropaChorAkademie befürwortet er ebenfalls.

Frau Pahlow stellt die VHS als wichtigen Bestandteil des Bürgerhauses dar.

Herr Gilbert führt in Verabredung mit Prof. Daus, Leiter der Chorakademie aus, dass er die Chorpädagogik in Bremen-Nord installieren und somit politische und soziale Arbeit in dem Stadtteil leisten möchte.

Frau Emigholz stellt die Integration der EuropaChorAkademie als einzigartige Chance heraus. Das Bürgerhaus ist aufgefordert, neue Generationen an sich zu binden. Eine mögliche Zusammenarbeit wurde mit Herrn Prof. Daus wurde besprochen. Finanzielle Mittel für die Realisierung des Projektes können ggf. zur Verfügung gestellt werden.

Herr Buchholz spricht die Informationsstandards an. Er kritisiert die mangelnde Beteiligung des Beirates und des Ortsamtes von Frau Frische und regt an, die Begehung des Bürgerhauses für weitere interessiert Personen zu öffnen. Des Weiteren erfragt Herr Buchholz die Umrüstzeiten für den Auf- und Abbau bei einer mobilen Saal-Bühne sowie ob es Raum für das Jugendsymphonieorchester geben wird. Er spricht im Zusammenhang mit der neuen Multifunktionalität des Saals die Deckenkonstruktion an und erfragt die Verkleinerungsmöglichkeiten des Saals.

Herr Marquardt führt aus, dass die Umrüstung flexibel, wenn vermutlich auch nicht täglich, gestaltbar ist. Die Elemente können über den Lastenaufzug transportiert werden.

Die Fragen zum Saal können nur in Abhängigkeit mit der endgültigen Ausgestaltung beantwortet werden. Grundsätzlich können mittels eines weiteren Trägers Aufhängungen vorgenommen werden. Teilungen wären grundsätzlich möglich.

Auf Nachfrage von Herrn Scharf erläutert Herr Marquardt, dass für die zur Verfügung stehende Summe kein Abriss des alten Bürgerhauses und ein Neubau realisiert werden könnte.

Frau Emigholz teilt weiter mit, dass die Sanierung aus regulären Investitionsmitteln finanziert wird. Mittel aus dem Konjunkturprogramm konnten in anderen Bereichen zu Gunsten des Bürgerhauses eine Entlastung schaffen.

Auf eine Nachfrage von Frau Jäckel wird festgestellt, dass die Kegelbahn nach den Entwürfen nicht fortbesteht.

Der teilweise als verspätet kritisierte Zeitpunkt der Beteiligung der Öffentlichkeit wird von den Vertretern der Kultur-Institutionen mit der zunächst notwendigen grundsätzlichen Abstimmung zwischen den Nutzern gerechtfertigt.

Frau Emigholz stellt die Präsenz erster im Abstimmungsprozess gewonnener Ergebnisse als Grundlage für eine Beteiligung heraus.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die von Frau Emigholz vorgeschlagene Begehung stattfinden und eine monatliche Berichterstattung seitens der Behörde an das Ortsamt und den Beirat erfolgen wird.

Herr Buchholz verliest den von der FDP-Beiratsfraktion eingereichten Antrag zum Thema. Herr Scharf spricht sich gegen den 1. Satz des Antrages aus.

Frau Spiegelhalter-Jürgens regt an, die in dem Antrag aufgeworfenen Problematiken und Fragestellungen bis nach der erfolgten Begehung zu vertagen.

Beschluss:

Der Antrag „Sanierung und künftige Konzeption Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack“ der FDP-Beiratsfraktion wird vertagt.

Ergebnis:

- Zustimmung, bei 2 Gegenstimmen -

Die Sitzung wird von 21.15 Uhr bis 21.20 Uhr unterbrochen. Es folgt Tagesordnungspunkt 6.

Tagesordnungspunkt 5 **Anträge und Anfragen der Parteien**

Herr Scharf verteilt für die CDU-Fraktion einen Antrag zur Rücknahme des verkürzten Bildungsganges am Gymnasium Vegesack. Da dieser inhaltlich von dem vorliegenden Antrag abweicht und damit keine Änderung darstellt, wird er als Dringlichkeitsantrag definiert und vom Vorsitzenden aufgerufen.

Herr Scharf begründet die Dringlichkeit des Antrages mit den bei ihm eingegangenen Elternanrufen und der Fortschreitung des Schuljahres. Den Eltern liegt bis dato keine schriftliche Stellungnahme seitens der senatorischen Behörde vor.

Herr Buchholz merkt an, dass eine Dringlichkeit nicht gegeben ist. Die Senatorin soll gebeten werden, während einer Beiratssitzung zur Situation des Gymnasiums Vegesack Stellung zu beziehen. Die Tagesordnung sowie entsprechende Details werden i.d.R. im Rahmen einer Sprecherausschusssitzung erörtert.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stellt die Dringlichkeit des Antrages „Rücknahme des verkürzten Bildungsganges am Gymnasium Vegesack“ fest.

Ergebnis:

5 – 4 – 6

Herr Scharf verliest die Begründung des Antrages.

Herr Buchholz und Frau Sprehe sprechen sich für eine Einladung der Senatorin für Bildung zur nächsten Beiratssitzung aus.

Herr Schmidt kritisiert die Diskrepanz zwischen der Überschrift des Antrages und seines Inhaltes.

Herr Tegeler spricht sich gegen den zweiten Satz des Antrages aus. Er befürchtet eine Interessenkollision der beiden genannten Schulen.

Herr Pörschke fragt, ob die Überschrift des Antrages ggf. verändert werden könnte und spricht sich für eine Diskussion mit der Senatorin und den Eltern aus.

Herr Buchholz spricht sich für den ersten Teil und gegen den zweiten Teil des Antrages aus, da sich dieser gegen eine andere Institution richtet.

Frau Waldheim fasst zusammen, dass der 2. Satz des Antrages gestrichen werden sollte und der Beirat beschließen möge, dass die Senatorin zu einer Beiratssitzung eingeladen wird.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung auf, während einer Beiratssitzung zur Situation am Gymnasium Vegesack Stellung zu nehmen und sich den Fragen von Lehrern und Eltern und Schülervertretungen zu stellen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Scharf teilt mit, dass die Möglichkeit besteht, in der Schule Gymnasium Vegesack zu tagen.

Mit der Behandlung des vorgenannten Antrages ist der zunächst von der CDU-Beiratsfraktion eingereichte Antrag mit der Überschrift „Rücknahme des verkürzten Bildungsganges am Gymnasium Vegesack“ obsolet.

Der Vorsitzende ruft den Antrag der CDU-Beiratsfraktion „Versetzung des Verkehrsschildes –Fußgänger– Breite Straße/Reeder-Bischoff-Straße“ auf.

Dieser Antrag wird von Herrn Scharf mündlich begründet.

Auf Vorschlag von Frau Sprehe wird der Antrag in den Verkehrsausschuss verwiesen. Des Weiteren ist die konkrete Widmung zu prüfen.

Auf Grund des neuen Beirätegesetzes sind Anfragen von einem Viertel seiner Mitglieder zu beschließen. Herr Buchholz bemerkt diesbezüglich sein Befremden. Die Regelung widerspricht der Absicht, mit dem neuen Gesetz auf die Beiräte zugehen zu wollen.

Die Beiratsmitglieder sprechen sich für ein dahingehendes Agreement aus, dass Anfragen generell angenommen und weitergeleitet werden.

Die Anfragen „Schneeräumung auf den Friedhöfen“, „Streusalz auf den Straßen“ und „Klinikum Bremen-Nord auf dem Wege zu einem Rumpfkrankenhaus am Rande der Stadt?“ werden jeweils einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 19.20 Uhr bis 19.35 Uhr unterbrochen. Tagesordnungspunkt 4 folgt.

Tagesordnungspunkt 6

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende trägt nachfolgende Mitteilungen vor:

Vorhabenbezogener BP 51 zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Meinert-Löffler-Straße“

Der o.g. BP 51 wurde am 15. Dezember 2009 durch die Bürgerschaft beschlossen. Der Bauleitplan ist damit rechtsverbindlich.

Umbau des Alten Speichers im Vegesacker Hafen, entstandene Schäden – Fragen des Beirates vom 18. Dezember 2009

Nach Abschluss der Baumaßnahme am Alten Speicher wurde der Umfang des Schadens festgestellt. Die Beseitigung der Schäden soll abhängig von der Witterung und der rechtzeitigen Lieferung des erforderlichen Materials im Frühjahr 2010 ausgeführt werden. Nach Auffassung des bauleitenden Architekten liegt die Ursache der Schäden an der Granitpflasterung in der mangelhaften Ausführung der Pflasterarbeiten. Die mit der Pflasterung seinerzeit beauftragte Firma befindet sich noch in der Gewährleistungspflicht. Die WFB wird das Unternehmen auffordern, die Schäden zu beseitigen.

Parksituation am Haven Höövt – Fragen des Beirates vom 18. Dezember 2009

Der Senator für Wirtschaft und Häfen hat mitgeteilt, dass durch die Baumaßnahmen am Alten Speicher Vegesack zeitweise die vorhandenen Poller für die Baustellenzufahrt entfernt wurden. Nach Beendigung der Maßnahme ist die Einfahrt wieder mit den vorhandenen Pollern versehen worden, so dass der alte Zustand wieder hergestellt wurde und das Parken direkt am Hafenbecken verhindert wird.

Der Senator für Inneres und Sport teilte zudem mit, dass Parkverstöße von dem zuständigen Polizeirevier geahndet wurden. Nachdem die Pfähle wieder eingebaut wurden, hat sich die Lage entspannt, zu Parkverstößen kommt es nur noch vereinzelt. Diese Parkverstöße werden ebenfalls geahndet. Schiffseignern muss es auch zukünftig ermöglicht werden, dass sie ihre im Vegesacker Hafen liegenden Schiffe für Versorgung und Reparatur erreichen können. Dazu ist es teilweise unumgänglich, bis an das Hafenbecken heranzufahren. Auch hier kommt es vereinzelt und je nach Jahreszeit zu Verstößen. Die Polizei Bremen ist bemüht, in regelmäßigen Gesprächen mit allen Betroffenen die Probleme zu lösen und wird auch zukünftig Parkverstöße ahnden, soweit sie im öffentlichen Verkehrsraum stattfinden.

Mitteilung - Polizei Vegesack

Ein körperbehinderter Mann hat beim Polizeirevier nachgefragt, ob es am Bhf. Vegesack keinen Behindertenparkplatz gibt. Die Kollegen verwiesen auf den P+R Parkplatz, worauf der Mann erwiderte, diesen nicht gefunden zu haben. Auf dem P+R Parkplatz wurde festgestellt, dass die Beschilderung (bahneigen und daher nicht amtlich nach StVO) der vormals als Behindertenparkfläche ausgewiesenen drei Stellplätze ersatzlos entfernt worden war und damit die Fläche für den ursprünglichen Zweck nicht mehr zur Verfügung standen, sondern in dem allgemeinen Pool der gebührenpflichtigen bewirtschafteten Stellplätze mit untergegangen sind. Zu dem geschilderten Sachverhalt konnte die DB Dienststelle, Herr Ochse, keine Angaben machen. Somit sind keine Stellflächen für Behinderte um den Bhf. Vegesack (Nahstelle im ÖPNV) mehr vorhanden.

Bebauungsplan 1247

Verkauf von öffentlichen Grünflächen Martin-Meiners-Straße und Maddo-Clüver-Straße

Der Verkauf der Flächen wurde seitens des Bauamtes weiterhin abgelehnt, da dieses Flurstück aller Voraussicht nach für eine öffentliche Grünfläche mit Fußwegeverbindung benötigt wird, die als östliche Anbindung an die Meinert-Löffler-Str., die vorhandenen Wohnbereiche mit dem neu geplanten Wohngebiet und dem Aumunder Friedhof verbinden soll. Um zu gewährleisten, dass einer Veräußerung des o.g. Grundstückes nicht den zukünftigen Planungen entgegen steht, kann einem Verkauf an die angrenzenden Eigentümer vorerst nicht zugestimmt werden.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe teilt mit, dass die nächste Bürgersprechstunde am Montag, 22. Februar 2010 stattfindet.

Herr Wemken berichtet von der Veranstaltung „Bremen plant – Mach mit !“ am 29. und 23. Februar 2010 im Speicher XI. Frau Jantz und er haben an einem Workshop zur Jugendbeteiligung teilgenommen. Die Plakate der Stadtteile werden am 17. Februar 2010 im Rathaus ausgestellt.

Tagesordnungspunkt 8

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Frau Frenzel teilt mit, dass der Bereich Utkiek, Rohrstraße, Alte Hafenstraße von Ratten befallen sein soll.

Auf Nachfrage von Herrn Buchholz bestätigt Herr Wemken, dass er seinen Wohnsitz weiterhin außerhalb Vegesacks hat.

Der Vorsitzende erläutert auf Frage nach einem Streudienstplan von Herrn Scharf, dass ein Winterstreudienstkatalog existiert. Das Ortsamt wird prüfen, ob die von Herrn Scharf angesprochene Straße Kücksberg dort aufgeführt wird.

Der Vorsitzende schließt um 21.30 Uhr die Sitzung.

gez.
Dornstedt
Vorsitzender

gez.
Jantz
Schriftführerin

gez.
Sprehe
Beiratssprecherin